



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Tagungsdokumentation: Freiwillige Rückkehr im europäischen Kontext

Tagung der deutschen nationalen Kontaktstelle des
Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
am 04. Mai 2017 in Berlin



Kofinanziert durch die
Europäische Union





Vorwort

Am 04. Mai 2017 richtete die deutsche nationale Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland die Tagung „Rückkehrberatung – Integriertes Rückkehrmanagement – Reintegration“ aus. Die Tagung wurde bilingual in deutscher und englischer Sprache simultan übersetzt und fand im Europäischen Haus in Berlin statt.

Der Einladung folgten 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus anderen europäischen Ländern, aus EU-Institutionen, aus Bund, Ländern und Kommunen sowie von diversen Forschungseinrichtungen, internationalen Organisationen und NGOs.

Diese Tagungsdokumentation fasst die zentralen Ergebnisse der einzelnen Vorträge zusammen und kann in deutscher und englischer Sprache abgerufen werden.

Unter www.emn-deutschland.de findet sich ein entsprechendes Tagungsdossier, das zusätzlich zu den Redebeiträgen die Präsentationen der Vortragenden sowie weiterführende Informationen bereithält.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Deutsche nationale EMN-Kontaktstelle

Das Europäische Migrationsnetzwerk

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wurde im Jahr 2003 von der Europäischen Kommission im Auftrag des Europäischen Rates eingerichtet, um dem Bedarf eines regelmäßigen Austausches von verlässlichen Informationen im Migrations- und Asylbereich auf europäischer Ebene nachzukommen. Seit 2008 bildet die Ratsentscheidung 2008/381/EG die Rechtsgrundlage des EMN, und es wurden Nationale Kontaktstellen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (mit Ausnahme Dänemarks, welches Beobachterstatus hat) und in Norwegen geschaffen.



Das Team der deutschen nationalen Kontaktstelle (ohne Gaby Wecker)

Aufgabe des EMN ist es, die Organe der Europäischen Union, nationale Institutionen und Behörden sowie die Öffentlichkeit mit aktuellen, objektiven, verlässlichen und vergleichbaren Informationen über Migration und Asyl im Hinblick auf eine Unterstützung der Politik in diesem Bereich zu versorgen. Die deutsche Nationale Kontaktstelle ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg angesiedelt. Zu den Hauptaufgaben der Nationalen Kontaktstelle gehört die Umsetzung des jährlichen EMN-Arbeitsprogramms. Dies umfasst die Erstellung des jährlichen Politikberichts „Migration, Integration, Asyl“, die Erarbeitung von bis zu vier themenspezifischen Studien, die Beantwortung von an das Netzwerk gestellten Ad-hoc-Anfragen sowie die Informationsvermittlung in unterschiedlichen

Foren, z. B. durch die Organisation von eigenen Tagungen und die Teilnahme an Tagungen im In- und Ausland. Darüber hinaus richten die Nationalen Kontaktstellen jeweils nationale Netzwerke aus Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen ein, die im Bereich Migration und Asyl tätig sind.

Im Rahmen des EMN wird in der Regel keine Primärforschung betrieben, sondern es werden bereits vorhandene Daten und Informationen aufbereitet und analysiert; nur bei Bedarf werden diese durch eigenständige Erhebung von Daten und Informationen ergänzt. EMN-Studien werden nach einheitlichen Spezifikationen erstellt, um innerhalb der Europäischen Union und Norwegens vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Um auch begriffliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde ein Glossar erstellt, das über die nationalen und internationalen EMN-Webseiten zugänglich ist.

Nach der Fertigstellung der nationalen Berichte wird ein Synthesebericht erstellt, der die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen nationalen Berichte zusammenfasst und so einen europäischen Überblick erlaubt. Dazu kommen themenspezifische Informationsblätter (EMN-Informs), die knapp und präzise ausgewählte Themen präsentieren. Das EMN-Bulletin liefert vierteljährlich Informationen über die aktuellen Entwicklungen in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Mit dem Arbeitsprogramm 2014 wurde desweiteren die Arbeitsgruppe Return Expert Group (REG) eingerichtet. Diese beschäftigt sich mit Aspekten der freiwilligen Rückkehr, der Reintegration und der zwangsweisen Rückführung.

Alle EMN-Publikationen sind auf der Webseite der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission verfügbar. Die nationalen Studien der deutschen Nationalen Kontaktstelle sowie die Syntheseberichte, Informs und das Glossar finden sich auch auf der nationalen Webseite: www.emn-deutschland.de.

Inhalt

	Vorwort	2
	Das Europäische Migrationsnetzwerk	3
9:30	• Begrüßungsreden: Freiwillige Rückkehr im Fokus Europäischer Migrationspolitik Elisabeth Kotthaus, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	6
9:45	• Eröffnungsvortrag: Programme deutscher und europäischer Rückkehrpolitik Dr. Emily Haber, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern	7
10:15	• Keynote-Vortrag: Nachhaltige Rückkehr als multidimensionaler Prozess Dr. Katie Kuschminder, Europäisches Hochschulinstitut Florenz	9
11:15	• Panel I: Rückkehrberatung – Pilotprojekte und Best-Practice Moderation: Dr. Axel Kreienbrink, BAMF-Forschungszentrum Pilotprojekt „Integrierte Rückkehrberatung“ Horst Finé, Landesverwaltungsamt Saarland, Zentrale Ausländerbehörde Ansätze der Rückkehrberatung in Norwegen Knut Holm, Direktorat für Einwanderung, Abteilung für Internationales Kompetenzzentrum Rückkehr – Rückkehrberatung in Rheinland-Pfalz Friedrich Einwich, Diakonisches Werk Trier und Simmern-Trarbach	11
14:00	• Panel II: Integriertes Rückkehrmanagement – Die Rolle von Rückkehrberatung, freiwilliger Rückkehr und Reintegration Moderation: Corinna Wicher, BAMF, Gruppenleiterin Internationale Aufgaben Integriertes Rückkehrmanagement auf Bundesebene – Herausforderungen in einem föderalen Staat Dr. Patrick Schmidtke, BAMF-Rückkehrreferat Der Weg nach vorn – Eine effizientere Umsetzung von Rückkehrmaßnahmen in der EU Dan Rotenberg, EU-Kommission, Abteilung „Irreguläre Migration und Rückkehrpolitik“ Qualität und Effizienz im Kontext eines integrierten Rückkehrmanagements – Zwei Schweizer Ansätze Roger Steiner, Staatssekretariat für Migration der Schweiz	14

15:45	• Panel III: Reintegrationsprogramme für den Neustart im Herkunftsland	17
	Moderation: Janne Grote, BAMF, EMN-Kontaktstelle	
	Reintegration in Vietnam – Lessons Learned	
	Dr. Sarah Tietze, IOM Informations- und Rückkehrberatungsstelle in Berlin und Brandenburg	
	European Reintegration Network (ERIN) – Austausch operativer Erfahrungen	
	Po-Ling Ho, Ministerium für Sicherheit und Justiz der Niederlande	
	Entwicklungsorientierte oder entwicklungssensible Reintegration	
	Peter Bonin, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit	
17:00	• Schlussworte: Aus Erfahrung lernen	20
	Dr. Christian Klos, Bundesministerium des Innern	

Freiwillige Rückkehr im Fokus europäischer Migrationspolitik

9:30

In ihrer Begrüßung sprachen Elisabeth Kotthaus, stellvertretende Leiterin der politischen Abteilung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, über die Herausforderungen der Migrationspolitik, das Verhältnis zwischen EU und Drittstaaten beim Thema Rückkehr sowie über die Finanzierung von Programmen zur Rückkehr in die Herkunftsländer.



Elisabeth Kotthaus, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Elisabeth Kotthaus, zeigte sich erfreut, dass im Europäischen Haus in Berlin, schon zum zweiten Mal eine gemeinsame Konferenz mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stattfinde, „und dass Sie sich das sehr wichtige Thema Rückkehr herausgesucht haben, das uns alle vor große Herausforderungen stellt.“ Mit der Europäischen Migrationsagenda vom Mai 2015 habe die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker eine weitreichende Strategie für die aktuelle Krise und für eine bessere Steuerung der Migrationsbewegungen geliefert. Darin enthalten ist auch eine humane Rückkehrpolitik, deren Umsetzung alle Beteiligten jedoch vor sehr große Herausforderungen stelle, so Elisabeth Kotthaus in ihrer Begrüßung. „Die Schwierigkeit besteht darin, den Werten der Europäischen Union gerecht zu werden und gleichzeitig Menschen ohne Bleiberecht human, aber auch effektiv in ihre Heimatländer zurückzuführen.“

Ein neuer EU-Aktionsplan zur Rückkehr und dessen Finanzierung über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) wurden im März 2017

durch die Kommission verabschiedet. „Auch da spielt die Rückkehr und die Förderung von freiwilliger Rückkehr eine große Rolle“, sagte Kotthaus. Auch im Verhältnis zu den Herkunftsländern müsse die EU die Rückkehr im Auge behalten.

Kooperation aller Akteure essentiell

Deutlich wurde auch in der Begrüßung von Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass in der europäischen Migrationspolitik das Thema Rückkehr immer bedeutender wird. Internationale Kooperationen wie im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), in dem Vertreterinnen und Vertreter aus den EU-Mitgliedsstaaten eng zusammenarbeiten, sind deshalb besonders wichtig. Dr. Dauke betonte: „Wir begrüßen sehr, dass die Europäische Kommission ihre Unterstützung für die Mitgliedsstaaten verstärkt.“ Besonders wertvoll sei auch, dass das EMN mit seiner Return Expert Group als Plattform zum Austausch im Rückkehrbereich genutzt werde.



Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Dr. Dauke ging in ihrer Begrüßung auf die Situation in Deutschland ein: Die große Zahl der Asylsuchenden aus dem Jahr 2015 stelle Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Im vergangenen Jahr seien rund 700.000 Asylentscheidungen getroffen worden. 62,4 Prozent der Geflüchteten bekamen einen Schutzstatus zugesprochen. Rund 260.000 Asylverfahren wurden abgelehnt. „Zu den zentralen Voraussetzungen für eine gelungene, dauerhafte Rückkehr gehöre – neben der frühzeitigen Beratung in den Ankunftszentren – eine umfassende Beratung zur freiwilligen Rückkehr, maßgeschneiderte Programme sowie eine effiziente Unterstützung für die Reintegration in die Herkunftsländer.“ Das BAMF als zuständige Behörde kooperiere dazu stark mit allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die sich mit Rückkehr beschäftigen – national, europaweit und international.

Programme deutscher und europäischer Rückkehrpolitik

9:45 • Rückkehr ist im Fokus deutscher Innenpolitik angekommen, betonte Dr. Emily Haber, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, in ihrem Vortrag.



Staatssekretärin Dr. Emily Haber, BMI, unterstrich die Bedeutung der Rückkehrpolitik als zentrales Instrument der Migrationssteuerung.

Die Herausforderungen für Deutschland waren in den letzten beiden Jahren groß und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe Unglaubliches geleistet, obwohl es anfangs viel Kritik gab, sagte Dr. Emily Haber in ihrer Begrüßungsrede. 2016 traf das Bundesamt 700.000 Asylentscheidungen, fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Schutzquote lag bei 62 Prozent, sie werde sich in diesem Jahr jedoch weiter verändern. Der Rückkehr komme als zentrales Instrument der Steuerung von Migration eine besondere Bedeutung zu. Im Fokus stehe derzeit besonders die freiwillige Rückkehr.

Vernetzung und Koordination der Behörden wichtig

Deutschland müsse aus ihrer Sicht eine bessere Vernetzung aller betroffenen Behörden, Personen und Beteiligten weiter verfolgen. Rückführung und Reintegration in die Herkunftsländer müssten darin eine besondere Rolle einnehmen. „Rückkehr ist leider nicht so einfach, vorhersehbar, transparent und berechenbar zu organisieren, wie es manche erwarten“, sagte Dr. Haber. „Wir haben einen ganz hohen

Aufwand zur Koordination, nach der gesetzlichen Verteilung sind Bund, Länder, Kommunen und sehr viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) betroffen.“

Eine Reihe von Gesetzen, die die Rückführung erleichtern sollen, wurde in Deutschland bereits verabschiedet. Das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht zielt beispielsweise vor allem auf die Rückführung von Gefährdern. Zur besseren Abstimmung zwischen Bund und Ländern wurde in Berlin das Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr (ZUR) eingerichtet, in welchem auch BAMF und Bundespolizei vertreten sind. Aber auch die finanziellen Mittel wurden aufgestockt: 40 Millionen Euro stehen dem BMI für spezielle Programme für Rückkehrer zur Verfügung. Weitere 50 Millionen Euro gibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für Reintegrationsprogramme aus. Der Schwerpunkt liege hier beim Aufbau von Migrationszentren, die von der GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) betrieben werden.



Teilnehmende der Tagung, welche simultan in Deutsch und Englisch übersetzt wurde.

Rückkehrprogramme des Bundes

Dr. Haber gab in ihrer Rede auch einen Überblick über die bestehenden Rückkehrprogramme und -projekte in Deutschland: Das Programm REAG/GARP zur freiwilligen Rückkehr bestehe bereits seit fast 40 Jahren und werde regelmäßig an die aktuellen Entwicklungen der Migrationsbewegungen angepasst. Finanziert wird es von Bund und Ländern. Neben Reisekosten und der Auszahlung einer Reisebeihilfe erhalten Rückkehrende auch eine finanzielle Starthilfe für den Neuanfang im Herkunftsland.

Seit Februar gibt es außerdem das Programm StarthilfePlus. Finanziert wird es vom Bund, durchgeführt von der IOM (International Organization for Migration). Wer sich besonders früh im laufenden Asylverfahren oder vor Zustellung des Bescheides zur freiwilligen Ausreise entscheidet, erhält neben den genannten Mitteln weitere Starthilfen nach der Rückkehr ins Herkunftsland. Auch unter Einbeziehung einiger Experten der Return Expert Group des Europäischen Migrationsnetzwerks hat das BAMF im vergangenen Jahr außerdem eine Hotline für interessierte Rückkehrer, Mitarbeiter von Behörden und Ehrenamtliche, die sich in diesem Bereich engagieren, eingerichtet.

Direkter Austausch mit Partnern und Ländern

Nicht nur der Bund, auch die EU habe sich den veränderten Migrationsbewegungen der vergangenen zwei Jahre angepasst und im März einen Aktionsplan für die Rückkehr vorgestellt. Die finanziellen Mittel dazu wurden auf 200 Millionen Euro aufgestockt. Sie sollen für nationale wie EU-Programme verwendet werden. Auch FRONTEX, die europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, wurde gestärkt und ihr Mandat auch auf den Bereich der freiwilligen Rückkehr ausgeweitet. Voraussetzung für eine erfolgreiche Rückkehrpolitik in einem so großen föderalen Staat wie Deutschland sei die enge Kooperation aller Beteiligten auf nationaler und europäischer Ebene. „Die Erfahrung zeigt, dass der Austausch mit anderen Ländern oft zu besten Ergebnissen führt“, sagte Dr. Haber. Deshalb freute sie sich besonders, dass bei der EMN-Konferenz Vertreter von Bund, Ländern, freien Trägern und Gäste aus den EU-Mitgliedsstaaten teilnahmen.

” Die Erfahrung zeigt, dass der Austausch mit anderen Ländern oft zu besten Ergebnissen führt.“

Dr. Emily Haber

Nachhaltige Rückkehr als multidimensionaler Prozess

10:15 • Dr. Katie Kuschminder, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Global Governance Programms des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz sprach über ihre langjährige Forschung zu Rückkehr und Reintegration von Migrantinnen und Geflüchteten in ihre Herkunftsländer. Die politische Diskussion um nachhaltige Rückkehr beschränke sich dabei zu oft auf die Verhinderung einer erneuten Auswanderung (Remigration), wodurch der Blick für den vielschichtigen Rückkehr- und Reintegrationsprozess versperrt werde.

Es fehle unter anderem an einer einheitlichen Definition von nachhaltiger Rückkehr, so Dr. Kuschminder. In politischen Positionspapieren werde oft die Verhinderung einer Remigration nach der Rückkehr betont, wodurch die Messung der Remigrationsbereitschaft nach einer Rückkehr in den Fokus gerate. Aber schon hier müsse zwischen dem Wunsch nach und der konkreten Absicht zur und der tatsächlich realisierten Remigration differenziert werden, was nicht immer geschehe. In ihrer Forschung zu unterstützten freiwilligen Rückkehrern in acht Ländern habe sich gezeigt, dass zwar mehr als die Hälfte der befragten Rückkehrer einen Wunsch zur Remigration haben, jedoch nur zehn Prozent von diesen auch konkrete Absichten hegten. Dabei plante ein Großteil, dies über legale Migrationskanäle zu verwirklichen. So bleibe nur ein sehr geringer Teil an Rückkehrern, die eine irreguläre Einwanderung in die vormaligen Zielstaaten beabsichtigen. In der politischen Diskussion über nachhaltige Rückkehr sei die Konzentration auf den Faktor Remigration daher unzureichend.

„Nachhaltige Rückkehr ist ein komplexer Prozess, der als Ergebnis eines erfolgreichen Reintegrationsprozesses gesehen werden kann.“

Dr. Katie Kuschminder

In der Forschung werde hingegen meist mit einer Definition zur nachhaltigen Rückkehr gearbeitet, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelt wurden oder in einigen Fällen auch auf eine Definition der Internationalen Organisation

für Migration (IOM) zurückgegriffen, die sowohl die Reintegration, die aufnehmende Gesellschaft im Herkunftsland als auch mögliche legale Remigrationskanäle berücksichtigt:

„Nachhaltige Rückkehr sollte entweder verstanden werden als (a) die erfolgreiche Reintegration im Herkunftsland, die einerseits wirtschaftliche, soziale und psychosoziale Faktoren mit berücksichtigt und sich andererseits dadurch auszeichnet, dass die zurückgekehrten Personen sowohl mit alten als auch neuen Push-Faktoren ebenso umgehen können wie die lokale Bevölkerung; oder als (b) spätere legale Remigration¹, die durch den Erwerb von Qualifikationen während des Reintegrationsprozesses möglich gemacht wurde“ (IOM 2015).



Dr. Katie Kuschminder in ihrer Keynote über nachhaltige Rückkehr

Kuschminder empfahl, alle in der Definition der IOM genannten Faktoren zu untersuchen, wolle man das politische Ziel der nachhaltigen Rückkehr erfolgreich umsetzen. „Will man die Entscheidungsfindung der Rückkehrer besser verstehen, braucht man mehr Daten, das ist eine große Herausforderung für die Forschung.“ Dazu gehöre auch, sowohl objektive als auch subjektive Einflussfaktoren zu berücksichtigen, wozu auch Gefühle und Wahrnehmungen der (potenzielle) Rückkehrer gehören. Bisher fehlten jedoch entsprechende Monitorings oder Evaluationen von Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen. Einzelne Studien weisen allerdings darauf hin, dass zwangsweise Rückführungen der Nachhaltigkeit eher im Wege stehen, während eine positiver besetzte Rückkehrentscheidung den Reintegrationsprozess und die Nachhaltigkeit der Rückkehr beförderten. Wolle man verstehen, wie und warum sich Menschen für die freiwillige Rückkehr ent-

¹ Erneute Auswanderung nach der Rückkehr ins Herkunftsland
Anm. d. R.

scheiden und mit welchen Programmen man ihnen helfen könne, müsse auch das untersucht werden. „Remigration und nachhaltige Rückkehr sind dabei nicht das gleiche und Remigration darf nicht das Schlüsselkriterium sein, an dem nachhaltige Rückkehr gemessen wird. Nachhaltige Rückkehr ist ein komplexer Prozess, der als Ergebnis eines erfolgreichen Reintegrationsprozesses gesehen werden kann. Um diesen zu verstehen, brauchen wir mehr Informationen zu objektiven und subjektiven Einflussfaktoren, die über die Absichten, Intentionen und Realisationen der Remigration hinausgehen. Die Länder, die Rückkehrer durch freiwillige Rückkehrprogramme finanzieren, spielen bei der Erhebung relevanter Daten zum Rückkehrprozess eine wichtige Rolle, etwa indem ein Monitoring in die Programme integriert wird.“

” Will man die Entscheidungsfindung der Rückkehrer besser verstehen, braucht man mehr Daten, das ist eine große Herausforderung für die Forschung.“

Dr. Katie Kuschminder

An sich müsste die Herkunftsgesellschaft in Form der lokalen Bevölkerung nach der Rückkehr noch stärker in die Überlegungen einer nachhaltigen Rückkehr einbezogen werden, da diese ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Man könne nicht davon ausgehen, dass die Rückkehrer mit offenen Armen empfangen würden; nicht selten komme es zu Anfeindungen, sozialen Ausschlüssen und Nicht-Akzeptanz gegenüber den Rückkehrern. Die Programme sollten dies entsprechend berücksichtigen und sowohl Maßnahmen zur sozialen Reintegration als auch eine Sensibilisierung der lokalen Gemeinschaften für die Rückkehrenden beinhalten.



Die Panel-Teilnehmenden v. l.: Friedrich Einwich (Diakonisches Werk Trier), Knut Holm (Direktorat für Einwanderung Norwegen), Horst Finé (Landesverwaltungsamt Saarland) und Moderator Dr. Axel Kreienbrink (BAMF-Forschungszentrum)

Panel I: Rückkehrberatung

Pilotprojekte und Best-Practice

11:15 • **Frühzeitige Beratung, Einbindung des Umfelds und die Zusammenarbeit mit NGOs – Vertreter aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Norwegen stellten Pilotprojekte und ihre Ansätze in der Rückkehrberatung vor.**

Frühzeitige Rückkehrberatung ist das A und O

Im Saarland startete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016 ein Pilotprojekt zur integrierten Rückkehrberatung. Bis dahin gab es keine Rückkehrberatung des Landes. Horst Finé von der Zentralen Ausländerbehörde des Landesverwaltungsamts Saarland beschrieb das Pilotprojekt, wonach nun frühzeitig nach der Einreise Erstinformationen zur Möglichkeit der Rückkehrberatung vermitteln würden. Neben der persönlichen Beratung gebe es im Ankunftszentrum und der Ausländerbehörde Plakate und Informationsblätter, die über die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr informieren. Die Informationsblätter sind dabei auf unterschiedliche Herkunfts- und Statusgruppen abgestimmt, etwa auf Personen aus sicheren

Herkunftsländern, solche, die unter die Dublin-Verordnung fallen sowie auf Asylsuchende mit einer guten Bleibeperspektive. Schon bei der Anhörung werden die Asylbewerber nun auf die Möglichkeit einer Rückkehrberatung hingewiesen. 30 Prozent ließen sich anschließend beraten, 40-45 Prozent davon seien anschließend freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt.

„Aufgrund der frühzeitigen Informationen hat sich eine relativ große Zahl der Asylbewerber zur Rückkehr entschlossen“, betonte Finé. Die Bearbeitungsdauer läge im Durchschnitt bei zwei Wochen. Gerade bei Menschen aus dem Westbalkan folgten auf die Beratung zahlreiche freiwillige Ausreisen. Sogar 44 Syrerinnen und Syrer seien in ihr Herkunftsland zurückgekehrt.

Finé führte den Erfolg des Pilotprojektes auf die schnellen Prozesse, die enge Zusammenarbeit und die kurzen Wege zwischen den beteiligten Stellen zurück. Sehr wichtig sei, dass die Menschen im Ankunftszentrum über die Situation in ihren Herkunftsländern informiert werden und dass dort auch Alltagsfragen, wie zur Verfügbarkeit von Medikamenten, gestellt werden könnten. Beratung sei das A und O für eine gelingende Rückkehr. „Schwierig sind hingegen Rückführungen bei Altfällen, dort müssen zusätzlich Anreize für eine freiwillige Rückkehr geschaffen werden“, betonte Finé.

Qualifiziertes Personal essentiell für individuelle Rückkehrberatung

Anders als im Saarland ist Rückkehrberatung in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren staatlich gefördert und dabei dezentral organisiert. Eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Bundesländern stellt zudem das Kompetenzzentrum Rückkehr dar. Es führt keine Rückkehrberatung für Rückkehrer durch, sondern berät und schult in erster Linie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zahlreichen Rückkehrberatungsstellen in Sozialämtern, Ausländerbehörden und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) der einzelnen Kommunen zu Fragen der freiwilligen Rückkehr, wie Projektleiter Friedrich Einwich, Diakonisches Werk Trier und Simmern-Trarbach, ausführte.

Die Vorteile liegen für Einwich auf der Hand: Qualifiziertes Personal sei essentiell für eine individuelle Rückkehrberatung und die Diakonie habe einen engen Kontakt zu den Beraterinnen und Beratern aus den verschiedenen Einrichtungen. Dadurch könne das Kompetenzzentrum schnell reagieren, Schulungsbedarfe eruieren und Anregungen direkt an das zuständige Ministerium weitergeben.

Das Diakonische Werk Trier und Simmern-Trarbach fungiert als Projektträger des Kompetenzzentrums, das von 2015 bis 2017 aus Mitteln des europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) gefördert und durch die Länder Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt kofinanziert wird. Die Kommunen erhalten im Rahmen der Landesinitiative Rückkehr im Jahr 2017 1,4 Millionen Euro, um Rückkehrmaßnahmen zu fördern. Seit 2017 werden aus der Landesinitiative auch Mittel für Rückkehrer bereitgestellt, die in Aufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz untergebracht sind.

Die Landesinitiative ermöglicht dabei eine ergänzende oder ausschließliche Förderung zusätzlich zu den Rückkehrprogrammen des Bundes (insb. REAG/GARP). So wurde im Jahr 2014 die Rückkehr von 551 Personen aus Rheinland-Pfalz über REAG/GARP gefördert, während bei 824 Personen die Rückkehr ergänzend oder ausschließlich über die Landesmittel gefördert wurden. Im Jahr 2015 waren es 3.301 Personen, die über REAG/GARP gefördert wurden und 2.766 Rückkehrer, die über die Landesinitiative ergänzend oder ausschließlich gefördert wurden. In Bezug auf die Reintegration riet Einwich, sich nicht nur auf die Arbeitsmarktintegration im Herkunftsland zu fokussieren. „Viele der Menschen sind traumatisiert, sie brauchen auch

psychosoziale und medizinische Versorgung.“ In einzelnen Herkunftsländern könnten dafür Strukturen von NGOs vor Ort zusätzlich genutzt werden. Allerdings sei die Arbeit der NGOs oft schwierig, oft fehle die finanzielle Förderung.

Zwei Ansätze aus Norwegen

In Norwegen gibt es derzeit 109 Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete, dezentral organisiert und über das ganze Land verteilt. 13.400 Menschen leben in den Aufnahmeeinrichtungen und warten auf die Entscheidung, ob sie bleiben dürfen oder ins Herkunftsland zurückkehren müssen. Bei der Rückkehrberatung gebe es zwei Ansätze, erklärte Knut Holm vom norwegischen Direktorat für Einwanderung UDI: Eine Orientierungsberatung durch Mitarbeiter des UDI und die Beratung in den Aufnahmeeinrichtungen durch Personal vor Ort.

Beim ersten Ansatz bekommen alle Geflüchteten mit einem Negativbescheid eine individuelle Orientierungsberatung angeboten. Sie werden über ihre Rückkehrmöglichkeiten aufgeklärt und darüber, was passiert, wenn sie das Land, entgegen des Gesetzes, nicht verlassen.

„**Unser Ziel ist, dass die Menschen informierte Entscheidungen treffen können und freiwillig zurückkehren.**“

Knut Holm

„Auf Grundlage des Konzeptes des Motivational Interviewing haben wir eine Interviewmethode entwickelt, bei der Motivation im Mittelpunkt steht“, so Holm. Dabei würden insbesondere zu Beginn des Beratungsgesprächs zunächst Alltagsfragen der Betroffenen geklärt und erst nach einiger Zeit das Gespräch auf die Rückkehrthematik gelenkt. Mithilfe dieser Technik sei es gelungen die gegenseitige Wertschätzung zu stärken, einen ganzheitlicheren Blick auf die Lebenssituation und Perspektive der potenziell Rückkehrenden zu werfen und bei vielen Betroffenen die Eigenmotivation zur Rückkehr zu stärken.



Dr. Axel Kreienbrink (BAMF-Forschungszentrum) moderiert die Fragen und Kommentare des Publikums.

Da in manchen Einrichtungen wenige Menschen zu einer Rückkehr ins Herkunftsland bereit waren, wurden zudem die Gemeinden, Ärztinnen und Ärzte sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit eingebunden. „Wir müssen in den Dialog treten und sie dort erreichen, wo sie kommunizieren, auch in den Sozialen Medien.“

Im zweiten Ansatz werde seit 2017 allen abgelehnten Asylbewerbern ein individuelles Gespräch in den Aufnahmeeinrichtungen angeboten. Ziel sei die Aufklärung über den Negativbescheid und seine Konsequenzen: den aktuellen Status, seine Bedeutung und die Endgültigkeit des Verfahrens. Durch die Anwendung dieser beiden Methoden gäbe es eine höhere Zahl von Beratungsgesprächen in Norwegen, mehr freiwillige Rückkehrer und in der Summe mehr Rückkehrer als zuvor. „Die Kombination der beiden Ansätze sorgt dafür, dass die Menschen besser über ihre Rückkehrmöglichkeiten informiert sind“, erläuterte Holm. Er hoffe, dass das Projekt fortgesetzt, die frühzeitige Beratung ausgedehnt und flexibler werde. „Unser Ziel ist, dass die Menschen informierte Entscheidungen treffen können und freiwillig zurückkehren anstatt durch die Polizei.“

” Motivierende Interviews sind eine Methode für die Rückkehrberatung in Norwegen.“

Knut Holm



Die Panel-Teilnehmenden v. l.: Dan Rotenberg (Europäische Kommission), Dr. Patrick Schmidtke (BAMF-Rückkehrreferat), Roger Steiner (Staatssekretariat für Migration der Schweiz) und Moderatorin Corinna Wicher (BAMF-Gruppenleiterin Internationale Aufgaben)

Panel II: Integriertes Rückkehrmanagement

Die Rolle von Rückkehrberatung, freiwilliger Rückkehr und Reintegration

14:00 • Im Panel II erörterten Experten, welche **Stellschrauben im Prozess der Rückkehr für einen reibungsloseren Ablauf entscheidend sind. Dabei wurde deutlich, dass sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene eine effektive Verzahnung verschiedener Instrumente bei der Rückkehr ein wichtiger Erfolgsfaktor ist.**

Informationsoffensive und Integriertes Rückkehrmanagement

Dr. Patrick Schmidtke, Leiter des Referats Rückkehr im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, stellte Maßnahmen zum Integrierten Rückkehrmanagement auf Bundesebene vor. Deutschland hat mit dem Programm StarthilfePlus, einer bundesweiten Rückkehrhotline und dem Internetportal Returning from Germany seit Anfang 2017 eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, um potenzielle Rückkehrwillige zu erreichen und über die Möglichkeiten einer freiwilligen Rückkehr sowie der Rückkehrberatung zu informieren.

Ziel des Bundesamtes ist es, alle Asylantragstellenden möglichst frühzeitig über die Möglichkeiten einer freiwilligen Rückkehr zu informieren, abgestimmt auf ihr jeweiliges Herkunftsland und in der Muttersprache. Diese Information muss jedoch unabhängig und ergebnisoffen geschehen und ersetzt nicht die Beratung, da das Bundesamt zur Neutralität verpflichtet ist: „Ziel ist es nicht, die Menschen zu einer Rückkehr zu bewegen, noch bevor die Fluchtgründe angehört worden sind. Die Menschen sollen wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie eine freiwillige Rückkehr in Erwägung ziehen“, so Dr. Schmidtke.

„Ziel ist es nicht, die Menschen zu einer Rückkehr zu bewegen, noch bevor die Fluchtgründe angehört worden sind. Die Menschen sollen wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie eine freiwillige Rückkehr in Erwägung ziehen.“

Dr. Patrick Schmidtke

Er sprach außerdem über die zahlreichen Herausforderungen für die nahe Zukunft: Förderprogramme gebe es von Bund, Ländern und Kommunen. Unter anderem wegen der komplexen Struk-

turen falle es nicht leicht, die passenden Informationen zu finden. Das sei schon für Eingeweihte nicht einfach. „Wie schwer muss es dann jemandem fallen, der mit dem Gedanken zur Rückkehr spielt, aber der deutschen Sprache nicht mächtig ist“, gab Dr. Schmidtke zu bedenken. Um hier Abhilfe zu schaffen, habe das Bundesamt gemeinsam mit der International Organization for Migration (IOM) das Informationsportal zu freiwilliger Rückkehr Returning from Germany, entwickelt. Dort könne sich jeder über Rückkehrberatungsstellen, passende Programme und Informationen zu den Herkunftsländern informieren. Außerdem wurde eine Rückkehrhotline nach dem Vorbild Großbritanniens eingerichtet. Davon sollen vor allem ländlichen Regionen profitieren. Auch die Hotline solle die Beratungsstellen ergänzen, nicht ersetzen.

„Wir brauchen schnellere Verfahren und mehr Koordination“

Dan Rotenberg, stellvertretender Leiter des Referats „Irreguläre Migration und Rückkehr“ der Europäischen Kommission, übte mit seinem Vortrag „Der Weg nach vorn - Effiziente Umsetzung von Rückkehrmaßnahmen in der EU“ Selbstkritik: Das EU-System der Rückführung von Personen ohne Aufenthaltsrecht sei nicht effektiv genug – und das trotz der Tatsache, dass die EU bereits 2015 einen Aktionsplan zur Rückkehr verabschiedet hat, dessen Maßnahmen zum großen Teil umgesetzt wurden. Die Gründe für den Misserfolg der Rückkehrpolitik sieht die EU-Kommission sowohl außerhalb als auch innerhalb der EU: Beispielsweise in der mangelnden Kooperation der Herkunftstaaten, aber auch in den Asylsystemen der Mitgliedstaaten und der nicht immer konsequenten Durchsetzung der Ausreisepflicht. In den vergangenen zwei Jahren habe sich die Situation in Europa zudem dramatisch verändert: 2015 und 2016 seien rund 2,6 Millionen Geflüchtete in die EU gekommen, die Anerkennungsrate liege bei 50 bis 60 Prozent. Mehr als eine Million Menschen müssten also in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Das seien viel mehr als früher.

„Wir brauchen eine ehrgeizige Analyse der Situation, in der sowohl humane als auch politische Anforderungen berücksichtigt werden.“

Dan Rotenberg

„Deshalb müssen wir unsere Handlungsweisen neu betrachten“, so Rotenberg. „Wir brauchen schnellere

Verfahren, einen multidimensionalen Ansatz und eine bessere Koordination sowohl in als auch zwischen den Mitgliedsstaaten.“ Hierzu hat die EU-Kommission im März 2017 einen erneuten Aktionsplan veröffentlicht und spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet, darunter die verstärkte Nutzung der Abschiebungshaft zur Durchsetzung der Rückkehr. Auch der Missbrauch von Asylverfahren müsse verhindert werden. Mangelnde Kooperation durch Herkunftstaaten müsse EU-weit dokumentiert und die Informationen zwischen Mitgliedstaaten ausgetauscht werden. Im Bereich der freiwilligen Rückkehr sei vor allem der Austausch von Best Practice-Beispielen und die Harmonisierung der verschiedenen Förderprogramme wichtig, um Anreize für ein „return shopping“ zu vermindern. Skeptisch zeigte sich Rotenberg bei der Frage, ob die EU-Rückführungsrichtlinie reformiert werden sollte: „Mit der großen Zahl an Ausreisepflichtigen, die wir in den kommenden Monaten haben werden, sind wir in einer Art Notsituation, auf die wir jetzt reagieren müssen. Um es klar zu sagen: Eine Reform der Richtlinie würde Jahre dauern. Das würde den Mitgliedstaaten in der jetzigen Situation nicht helfen.“

Qualitäts- und Effizienzsicherung im Schweizer Modell

Roger Steiner, Staatssekretariat für Migration der Schweiz, sprach über „Qualität und Effizienz im Kontext eines integrierten Rückkehrmanagements“. Für Steiner gehören Anreizsysteme für die freiwillige Rückkehr und ein glaubwürdiger Vollzug von Abschiebungen zusammen: Beides sei ohne die Existenz des Anderen schwieriger. Auch in der Schweiz ist die Vielzahl an Akteuren jedoch eine Herausforderung. Steiner erläuterte, die Probleme, die es in der Schweiz bei einem geplanten Monitoring über den Vollzug der Rückkehr gegeben habe. Der Bundesrat (die Schweizer Bundesregierung) wollte mit dem Monitoring Problemfelder aufdecken und für größtmögliche Transparenz sorgen, aber auch einen Vergleich zwischen den Kantonen ermöglichen. „Zwar forderten Bund und die Kantone ein Vollzugsmonitoring, es gab aber keinen Konsens, wie das aussehen soll“, so Steiner.

„Effizienz und Qualität spielen für die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der Rückkehrpolitik (der Schweiz) eine wichtige Rolle.“

Roger Steiner

Ein weiteres Vorhaben, von dem Steiner berichtete, ist die Erstellung von Qualitätsstandards für die Rückkehrberatung, die eine einheitliche Beratung in der ganzen Schweiz garantieren sollen. In einem ersten Zwischenbericht wurden Effizienz- und Qualitätskriterien definiert. Die endgültigen Ergebnisse würden Ende 2017 erwartet. „Wir sind fest davon überzeugt, dass ein effizientes und qualitativ hochwertiges Rückkehrsystem, sowohl im Vollzug als auch in der Beratung, ganz wesentlich zur Glaubwürdigkeit der Rückkehrpolitik beiträgt“, schloss Roger Steiner seinen Vortrag.

Diskussion

Dr. Stefan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat und Pro Asyl, wollte von den Vortragenden bei der Diskussionsrunde wissen, wie man mit Menschen umgehe, die in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden sollen, die Herkunftsländer aber nicht kooperieren: So gebe es allein in Bayern mehrere Tausend Senegalesinnen und Senegalesen, die nicht zurückgeführt werden können, da die senegalesischen Behörden nicht kooperierten. In jüngster Zeit betreffe dies zunehmend auch abgelehnte afghanische Asylsuchende. Ein Teil der betroffenen Personen würde in andere EU-Mitgliedstaaten weiterreisen und untertauchen. Sie würden ein Leben in der Illegalität dem Leben in der Ausreisepflicht – ohne rückgeführt werden zu können –, vorziehen. Ein Leben in der Illegalität gehe jedoch mit einer höheren Vulnerabilität, Prostitution, Kriminalität und möglicherweise auch Radikalisierung einher. „Müssten die Programme zur assistierten Ausreise und Reintegration nicht entsprechend attraktiver gestaltet werden, um eine echte Alternative darzustellen?“, so Dünnwald.



Dr. Stefan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat und Pro Asyl

Steiner stimmte zu, dass die Weiterwanderung innerhalb Europas ein Problem sei. Gerade deshalb brauche es eine internationale Zusammenarbeit und einen ganzheitlichen Ansatz. „Wenn jeder Nationalstaat nur seine eigenen Programme verfolgt, wird das schwierig“, sagte Steiner.

Dr. Schmidtke betonte bezüglich der Reintegrationsprogramme, dass es richtig sei, weiter zu überlegen, wie beispielsweise Ausreisepflichtigen eine echte Perspektive in ihren Herkunftsländern ermöglicht werden könne. „Es wäre zu kurz gedacht, wenn wir glauben würden, freiwillige Rückkehr ist abgeschlossen, sobald die Menschen im Flugzeug sitzen“. Die Programme zur freiwilligen Rückkehr

müssten idealerweise so gestaltet sein, dass sie nicht aufgrund von Zwang sondern aus eigener Motivation in Anspruch genommen würden. In Deutschland habe deshalb das Bundesministerium des Innern gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Initiative Perspektive Heimat gestartet – ein Reintegrationsprogramm, das einen entwicklungssensiblen Ansatz der Rückkehr implementieren soll. Für Kosovo gebe es das Reintegrationsprogramm URA, in zahlreichen weiteren Drittstaaten gebe es Programme im Rahmen des Reintegrationsprogramms ERIN (European Reintegration Network), für den Senegal gebe es ein solches Programm jedoch nicht.

Die europäische Kommission sei sich ebenfalls über das Problem der Weiterwanderung als auch der fehlenden Nachhaltigkeit und Remigration nach der Rückkehr bewusst, so Rotenberg. Die Kommission untersuche das bereits und suche nach Lösungen. Dabei brauche es wohl auch Druck auf die Herkunftsländer, die bisher die Kooperation beziehungsweise Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen verweigerten. Auch hier könne die gemeinschaftliche Arbeit im Rahmen von ERIN behilflich sein, da eine gemeinsame Position gegenüber einzelnen Herkunftsländern größeres Gewicht entfalten könne, als wenn jeder Mitgliedstaat einzeln an ein Herkunftsland herantrete.



Die Panel-Teilnehmenden v. l.: Po-Ling Ho (Ministerium für Sicherheit und Justiz der Niederlande), Dr. Sarah Tietze (IOM), Peter Bonin (GIZ) und Moderator Janne Grote (EMN-Kontaktstelle)

Panel III: Reintegrationsprogramme

Neustart im Herkunftsland

15:45 • Im dritten Panel ging es um Beispiele bewährter Praktiken, neuer Ansätze und Vorschläge, wie eine Reintegration gelingen kann und Reintegrationsprogramme gestaltet werden können.

Dr. Sarah Tietze von der IOM Informations- und Rückkehrberatungsstelle in Berlin und Brandenburg stellte das Projekt Reintegration Vietnam vor. Über das Projekt konnten in den vergangenen Jahren 70 meist ausreisepflichtige und zuvor teils irregulär in Deutschland aufhältige Vietnamesinnen und Vietnamesen bei ihrer Rückkehr nach und Reintegration in Vietnam unterstützt werden. Im Rahmen des Reintegrationsprojektes wurden gemeinsam mit den Teilnehmenden vor ihrer Rückkehr Zukunftspläne erstellt, wobei die Beratung ergebnisoffen war und nach Wunsch anonym erfolgte.

Eine vietnamesisch sprechende Beraterin wurde dazu als Mitarbeiterin und Mittlerin des Projekts in Deutschland eingestellt („Native Counsellor“). Um die Zielgruppe über die Rückkehrförderung und -beratung zu informieren, wurde im Vorfeld ein Runder Tisch mit relevanten vietnamesischen Migrantenselbstorganisationen durchgeführt sowie kontinuierlich an relevanten Orten der vietnamesi-

schen Community in Berlin Informationsarbeit geleistet, um Vertrauen aufzubauen und Gerüchten sowie betrügerischen „Beratern“ zuvorzukommen.

In Vietnam standen pro Rückkehrer 2.000 Euro in Sachleistungen für die wirtschaftliche Reintegration zu Verfügung, die unter anderem zur Existenzgründung, Aus- und Weiterbildung, medizinischen Versorgung oder für Wohnraum genutzt werden konnten. Der Großteil der Beteiligten entschied sich für die Selbständigkeit und gründete beispielsweise Imbissküchen, einen Computerladen oder handelt mit Gasflaschen. Die beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen seien berücksichtigt und die Familien der Rückkehrer von Beginn der Rückkehrplanung an mit einbezogen worden. Gerade dieser Aspekt sei wesentlich, da mitunter Unverständnis über die Rückkehr und soziale Stigmatisierung herrsche, die Familie aber auch bei Existenzgründungen und der Informationsbeschaffung über wirtschaftliche Betätigungsfelder vor Ort von großer Bedeutung sei. Nach sechs und 12 Monaten nach der Rückkehr fand ein Monitoring statt. „Bei Reintegration gibt es bisher aber oft zu wenig Monitoring“, stellte Dr. Tietze fest. Allgemein sei Druck auf eine schnelle Ausreise nicht immer hilfreich, so Dr. Tietze, die zu bedenken gab: „Wir sollten darüber nachdenken, ob wir Reintegrationsprogramme nicht sowohl auf weitere Herkunftsländer als auch auf Personen ausweiten sollten, die über keine anerkannte Schutzberechtigung verfügen, denn auch sie haben Bedarfe und benötigen Beratung und Begleitung.“

„Ein Reintegrationsplan muss auf die Person, ihre Stärken und ihre Ressourcen zugeschnitten werden.“

Dr. Sarah Tietze

Das Projekt Reintegration Vietnam ist ein gelungenes Beispiel, das über fünf Jahre von den Bundesländern Berlin und Brandenburg, dem Europäischen Rückkehrfond (ERF) und dem Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF) gemeinsam gefördert wurde. „Wir haben mit unserem Projekt, aber auch weiteren Projekten in vielen Kommunen und Bundesländern positive Erfahrungen mit Reintegrationsprogrammen gemacht, diese werden durch ERIN gut ergänzt aber nicht ersetzt“, resümierte Dr. Tietze. Leider werde das Reintegrationsprojekt Vietnam künftig auf Länderebene mit Ausweitung des European-Reintegration-Network-Programmes (ERIN) nicht weiter gefördert.

Gemeinsamer europäischer Ansatz mit Australien

Das ERIN-Programm unterstützt sowohl freiwillige Rückkehrer als auch zwangsweise Rückgeführte bei ihrer Reintegration in ihren Herkunfts- oder in Drittländern, so Po-Ling Ho, Ministerium für Sicherheit und Justiz der Niederlande, in ihrem Vortrag. Damit sollen Doppelstrukturen innerhalb Europas in Zukunft vermieden werden. Beteiligt sind 17 EU-Länder und Australien unter Federführung der Niederlande sowie 20 Drittländer, darunter Afghanistan, Bangladesch, Irak, Marokko, Nigeria, Pakistan sowie Somalia, Libyen und Äthiopien. Beteiligt sind außerdem lokale Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die IOM und Caritas. Die Rückkehrer werden in den beteiligten Mitgliedsländern über den Rückkehr- und Reintegrationsprozess beraten. Ziel sei es, ihnen im Herkunftsland den Zugang zu einer Ausbildung oder den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. ERIN konzentrierte sich auf die individuelle Wiedereingliederung, neben Jobs gebe es auch psychologische Unterstützung für die Rückkehrer.

Ein Teil der ERIN-Projekte beinhalte dabei auch ein Monitoring, bei dem vor und nach der Rückkehr die Rückkehrenden den beteiligten Organisationen Auskunft über die Qualität der Beratung und Verbesserungsmöglichkeiten geben. Ho fasste anschließend die ersten Erfahrungen eines Reintegrationsprogramms im Rahmen von ERIN in Somalia zusammen. Eine zentrale Herausforderung

habe darin bestanden, dass die somalische Regierung Rückkehrer mit der Begründung zunächst nicht wieder aufnehmen wollte, es handle sich um Kriminelle oder Krankheitsfälle, die die somalische Gesellschaft belasten würden. In Gesprächen mit Vertretern des Außenministeriums sowie den zuständigen Ministerien war deshalb Überzeugungsarbeit zu leisten, so dass im Anschluss die ersten Somalier zurückkehren konnten. Bei der anschließenden Diskussion mit dem Publikum erläuterte Ho noch die Finanzierung der lokalen Dienstleister. „Wir bezahlen pro Rückkehrer eine Gebühr und erhalten dafür Geld von der EU-Kommission“, erläuterte Ho.

Entwicklungspolitik und Reintegration

Peter Bonin vom Sektorvorhaben Migration der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), sprach über entwicklungsorientierte und entwicklungssensible Reintegration. Die GIZ GmbH unterstützt als Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung unter anderem die Bundesregierung (über das BMZ als Gesellschafter) bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Programme berücksichtigen schon lange rückkehrinteressierte Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete, allerdings mit einem Fokus auf Fachkräfte, die für temporäre oder dauerhafte Aufenthalte in ihre Herkunftsländer vermittelt werden. Durch die Dynamik der vergangenen Jahre, mit der Vielzahl an Geflüchteten und abgelehnten Asylantragstellenden, sei nun eine neue Zielgruppe in den Fokus geraten: ausreispflichtige Personen, die mitunter nicht mehr freiwillige rausreisten. Dieser Umstand stelle die Rückkehrprogramme im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vor neue Herausforderungen. Ziel müsse es allerdings weiter sein, Prinzipien einer entwicklungssensiblen Rückkehr zu berücksichtigen. Laut Bonin zähle hierzu eine nachhaltige Reintegration, die durch einen bedarfsorientierten und zielgruppenspezifischen Ansatz geprägt sein müsse, das ‚Do-No-Harm‘-Prinzip der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtige und sowohl die Gesellschaft als auch die regionalen Bedingungen und Gemeinden in den Herkunftsländern in die Programmausrichtungen mit einbeziehe.



Publikum der Tagung

Die Programme müssten zudem sowohl strukturelle und langfristige Prozesse im Blick haben als auch soziale und psychologische Unterstützung unmittelbar nach der Rückkehr bieten. Letztlich dürfe nachhaltige Reintegration jedoch nicht mit Immobilität bzw. der Verhinderung einer Weiterbildung gleichgesetzt werden beziehungsweise dies als alleiniger Erfolgsfaktor des Rückkehrprozesses verstanden werden. Die Überlegungen würden unter anderem in das neue Rückkehrprogramm ‚Perspektive Heimat‘ einfließen, das in Zusammenarbeit vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium des Innern (BMI) durchgeführt wird. Im Fokus stehen Länder aus denen eine hohe Anzahl an Asylsuchenden mit geringer Bleibeperspektive nach Deutschland gekommen sind. Das Programm umfasst sowohl die Rückkehrberatung in Deutschland als auch die Reintegration im Herkunftsland, die durch Trainings und Qualifikationsmaßnahmen, Unterstützung bei der Jobsuche und Unternehmensgründung sowie die Gewährung von Kleinkrediten ermöglicht werden soll. Insgesamt sind für das Programm 150 Mio. Euro vorgesehen, wovon 50 Mio. Euro für 2017 veranschlagt sind.

” Reintegration braucht Zeit und kostet Geld“

Peter Bonin

Die Kosten seien höher als bisher, „aber ich glaube, dass das notwendig ist und wir damit langfristig einen wichtigen Beitrag leisten werden.“ Noch steckt das Projekt in den Kinderschuhen, „aber der Schuster ist unter Hochdruck an der Arbeit“, so Bonin.

Schlussworte: Aus Erfahrung lernen

17:00 • In seinen Schlussworten sprach Dr. Christian Klos, Bundesministerium des Innern, über die Herausforderungen beim Thema Rückkehr, die Bedeutung von europäischen Netzwerken und neue Ansätze zur Ansprache der Diaspora am Beispiel Gambias.



Dr. Christian Klos, BMI, betonte, wie wichtig der Austausch über Landesgrenzen hinweg ist, um gemeinsame Strategien für die Zukunft zu entwickeln.

„Wissen wir zu wenig darüber, was mit den Menschen nach ihrer Rückkehr in ihren Herkunftsländern geschieht? Was sind die Kriterien für eine erfolgreiche Rückkehr?“ Am Ende der eintägigen EMN-Konferenz über freiwillige Rückkehr, Integriertes Rückkehrmanagement und Reintegration resümierte Dr. Klos, dass es in diesen Themenfeldern definitiv noch Wissenslücken gebe. In Deutschland habe man mit einheitlichen Definitionen angefangen. Wichtig sei, dass alle Länder Europas darauf schauen, was jenseits ihrer Landesgrenzen geschehe sich untereinander austauschen und Netzwerke bilden. Denn nur durch den Austausch können gemeinsame Strategien und Programme für die Zukunft entwickelt werden. So hat sich beispielsweise Deutschland bei der Schweiz die Inspiration für das neue anreizbasierte Programm StarthilfePlus für die freiwillige Rückkehr geholt, gestufte Rückkehrhilfen an die Dauer des Aufenthalts zu knüpfen.

Freiwillige Rückkehr und Rückkehrberatung

Die EMN-Tagung habe auch Gelegenheit geboten, die Frage nach den Kriterien und der Glaubwürdigkeit der Rückkehrberatung zu stellen, so Dr. Klos.

„Wie ergebnisoffen kann eine individuelle Rückkehrberatung sein? Aus der psychologischen Sicht in der Beratungssituation erscheint es wesentlich, aus rechtlicher Sicht kann sie es aber bei Bestehen einer Ausreisepflicht nicht sein.“ Angesichts der großen Anzahl von Schutzsuchenden in Deutschland werde die freiwillige Rückkehr die zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig, so Dr. Klos, müsse man beim Vollzug der Ausreisepflicht glaubwürdig bleiben. Eine Tatsache sei eben auch, dass konsequente Rückführungen auch zu einem Anstieg bei der freiwilligen Rückkehr führen. Es sei wichtig, diesen Zusammenhang zu kennen. Für die Expertinnen und Experten der Tagung haben Voraussetzungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Rückkehrberatung im Fokus gestanden. Dazu seien neue Maßnahmen und Instrumente erforderlich. Eine solche Maßnahme, um potenzielle Rückkehrer in geeigneter Weise anzusprechen, sei das Informationsportal „www.returningfromgermany.de“, das Deutschland entwickelt habe, um diesen Menschen alle notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Enge Kooperation mit Gambia

Um nachhaltig erfolgreich zu sein, sei die Kooperation mit den Herkunftsländern elementar. Erst in der Woche vor der EMN-Konferenz hätten Vertreter der Bundesregierung Westafrika bereist und u.a. mit dem Präsidenten und dem Innenminister von Gambia gesprochen. Der gerade erfolgte Regierungswechsel biete eine gute Chance für eine positive Entwicklung des Landes. Die Regierung habe Interesse geäußert, Gambier, die nach Europa migriert sind, wieder in ihr Land zurückzuholen, damit sie beim Aufbau des Landes helfen. „Eine solche Entwicklungsperspektive wie beim gambischen Präsidenten, der vor seiner Rückkehr in London zunächst nur als Türsteher gearbeitet hat, können wir natürlich nicht allen bieten“, scherzte Dr. Klos. Es sei jedoch lohnenswert, die Herkunftsländer in dem Interesse der Reintegration Ihrer Staatsangehörigen zu unterstützen. In der Zusammenarbeit könnten auch innovative Ansätze entstehen. So habe der gambische Innenminister angeboten, ein Treffen mit der gambischen Diaspora in Deutschland durchzuführen, um für eine Rückkehr in das Herkunftsland zu werben. Diese Initiative wolle man aufgreifen, um zu sehen, ob man hiermit die Zielgruppe letztlich besser erreiche.

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/
Deutsche nationale EMN-Kontaktstelle

Kontakt:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Nationale EMN-Kontaktstelle
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

E-Mail: EMN_NCP-DE@bamf.bund.de
www.emn-deutschland.de
www.bamf.de

Redaktion: Lena Thiem | Öffentlichkeitsarbeit
Deutsche nationale EMN-Kontaktstelle
Ellen Köhrer

Stand: Juli 2017

Gestaltung: Jana Burmeister

Bildnachweis: Titelbild: Lena Thiem
Fotos S. 3: Jana Burmeister
Fotos S. 4-20: Lena Thiem